

Informelle E-Partizipation in Parteien

Christian Reuter, Oliver Heger

Institut für Wirtschaftsinformatik, Universität Siegen

Abstract

Politische Partizipation im Internet hat zunehmenden Einfluss auf reale politische Willensbildungsprozesse. Parteien, die ein Kernelement des politischen Systems in Deutschland bilden, stehen vor einer wichtigen Gestaltungsaufgabe, wenn sie den Strukturwandel der politischen Kommunikation erfolgreich bewältigen möchten. Ziel unseres Beitrags ist es, Erkenntnisse für diese Gestaltungsaufgabe zu liefern. Dafür wurden 91 Vorschläge von CDU-Mitgliedern ausgewertet und ergänzende Interviews geführt, um Praktiken der (E-)Partizipation sowie ihre Defizite und Bedingungen zu identifizieren. Aus den Ergebnissen leiten wir die Notwendigkeit von insbesondere informellen E-Partizipations- und Vernetzungs-Technologien für den Einsatz in der CDU, potentiell aber auch anderen Parteien, ab.

1 Einleitung

Über das Verhältnis zwischen der elektronischen Online-Partizipation und der klassischen Offline-Partizipation scheint in der Wissenschaft Uneinigkeit zu herrschen (Cantijoch & Gibson, 2011; Oser et al., 2012): E-Partizipation wird einerseits als eine neuartige Form der Partizipation verstanden und andererseits als eine schlichte Transformation klassischer Partizipationsformen. Obwohl de jure eine Beteiligung der Mitglieder vorgesehen ist, scheint der Einfluss der Führung auf die innerparteiliche Willensbildung jedoch de facto sehr groß zu sein. Hieraus lässt sich der Wunsch vieler Parteimitglieder nach mehr Teilhabe an Entscheidungsprozessen erklären (Bieber, 2012; Koch et al., 2014; Korte, 2014; Laux, 2011). Der Einsatz von E-Partizipation könnte hierfür geeignet sein, da internetbasierte Technologien räumliche und zeitliche Entfernungen überbrücken und potentiell bei einer großen Gruppe für direktdemokratische Wege eine höhere Effizienz aufweisen (Veit & Trenz, 2010).

Etablierte Parteien verfügen jedoch bereits über Entscheidungsprozesse, die Ergebnis einer jahrelangen Entwicklung von Satzungen, komplexer formeller und informeller Netzwerke oder Gewohnheiten sind. Der Einsatz von E-Partizipations-Technologien kann dementsprechend nur erfolgreich sein, wenn die zu unterstützenden Entscheidungsprozesse aus einer Verzahnung von Online- und Offline-Aktivitäten bestehen (Bieber, 2012).

Veröffentlicht durch die Gesellschaft für Informatik e.V. 2016 in
S. Franken, U. Schroeder, T. Kuhlen (Hrsg.):
Mensch und Computer 2016 – Kurzbeiträge, 4. - 7. September 2016, Aachen.
Copyright © 2016 bei den Autoren.
<http://dx.doi.org/10.18420/muc2016-mci-0215>

2 Fallstudie

Im Rahmen dieser Studie wurden neun vertiefende Interviews geführt: sechs mit Parteimitgliedern (I1: Neumitglied, I2: JU-, CDU-Mitglied, I3: Mitglied, I4: Schüler Union, I5: Mitglied, I6: Mitglied) geführt. Weitere Interviews wurden mit drei Parteimitgliedern, die durch ihre Funktionen in der CDU bereits über Erfahrungen im Bereich der E-Partizipation verfügen, geführt, um auch die notwendige Perspektive der Verantwortlichen und Gestalter von Partizipationsprozessen einzubinden (I7: Chefredakteur einer Parteizeitung, I8: Internes Management, I9: Gremiumsmitglied für Netzpolitik). Überdies wurden Vorschläge, Kommentare und Bewertungen gesammelt, die im Rahmen der von der CDU organisierten und durchgeführten Mitglieder-Kampagne durch Parteimitglieder geäußert wurden. Die hier vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf die 91 Vorschläge inklusive Kommentare und Bewertungen zum Thema „Mitgliederrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten“. Die Vorschläge und Interviews wurden qualitativ ausgewertet, indem sie zunächst thematisch zerlegt wurden und die Einzelteile anschließend kategorisiert und in einen Gesamtzusammenhang gebracht wurden (Strauss, 1987).

Ergebnis I: Bedeutung informeller (E-)Partizipation: Aus der Analyse geht hervor, dass die Mitglieder bewusst zwischen formellen und informellen Partizipationspraktiken unterscheiden und insbesondere der informellen Partizipation eine wichtige Rolle zuschreiben. Häufig wird für ein bestimmtes Anliegen der Wahlkreisabgeordnete angeschrieben (I2, I4) oder es werden persönliche Kontakte, das sind Bekannte oder befreundete Personen, genutzt, um an „Insider-Informationen“ zu gelangen oder sie entsprechend zu beeinflussen (I7): „*Die inhaltliche Auseinandersetzung findet im internen, gewählten Kreis statt oder vielleicht sogar in der Runde davor. [...] Da hilft einem keine Online-Partizipation, sondern Vernetzung*“. Der Ausdruck „*in der Runde davor*“ (I7) bezieht sich auf die Partizipationsvorgänge, die außerhalb der eigentlich entscheidenden Vorstandssitzungen stattfindet und einen Teil parteiinterner Partizipationsprozesse ausmacht. Hierfür werden insbesondere die informellen Kanäle aktiviert: „*Das heißt, bevor die entscheidende Sitzung stattfindet, werde ich mit Personen schon Kontakt aufnehmen, telefonisch oder per SMS.*“ (I7). Darüber hinaus nutzen aber auch einfache Mitglieder Wege der direkten Kommunikation (I2, I4, I6).

Ergebnis II: Schwachpunkte aktueller (E-)Partizipation: Die Beiträge der CDU+-Nutzer und die vertiefenden Interviews liefern eine Reihe von Defiziten in der aktuellen (E-)Partizipationspraxis: Im Bereich der *traditionellen Partizipation* – d.h. der Partizipationsmöglichkeiten über klassische Offline-Verfahren – wurde kritisch gesehen, dass auf Parteitage offene Auseinandersetzungen kaum möglich sind und maximal in kleinen Gruppen außerhalb stattfinden können (I2, I7). Zudem erfordert die traditionelle Partizipation meist die regelmäßige Anwesenheit mehrerer Personen an einem Ort. Dieser Umstand bedeutet einen hohen Zeitaufwand und erfordert Mobilität (I5). Außerdem wird hier auf eine hohe Abhängigkeit von der Anzahl informeller Kontakte aufmerksam gemacht, die es einfachen Mitgliedern schwierig macht, Einfluss zu nehmen. Die Beteiligung über *informelle Kontakte* resultiert in einer starken Ungleichheit zwischen den Parteimitgliedern im Einfluss auf Parteientscheidungen, da diese zu einem sehr unterschiedlich hohen Grad vernetzt sind. Zudem stellt sie einen intransparenten Willensbildungsprozess dar, bei dem kaum noch nachvollziehbar

ist, wie eine bestimmte Entscheidung zustande gekommen ist. Sie relativiert dadurch die Bedeutung der formellen Partizipationsprozesse, die die Einhaltung der demokratischen Prinzipien sicherstellen sollen. Diskussionen in *öffentlichen sozialen Medien*, wie Facebook oder Twitter, werden als unübersichtlich und nicht zielführend beschrieben (I1). Zudem wird der häufig raue Umgangston genannt (I4). Das *interne soziale Netzwerk CDU+* bietet kaum Beteiligungsmöglichkeiten an. Bei *geschlossenen Partizipationsverfahren*, die in der CDU regelmäßig durchgeführt werden, findet eine Vorauswahl von Themen und Beiträgen durch hauptamtliche Mitarbeiter statt. Es wird beanstandet, dass diese Partizipationsform keine kritischen Diskussionen zulässt, da immer nur solche Beiträge Abstimmungen gewinnen könnten, die eine breite Mehrheit in der Partei widerspiegeln (CDU+ Nutzer). Daher werden solche Verfahren häufig als „symbolische Partizipation“ angesehen.

Ergebnis III: Wünsche und Potentiale: Der Wunsch nach Veränderung ist zwischen den einzelnen Mitgliedern unterschiedlich stark ausgeprägt. Während I1 „mit dem jetzigen Stand zufrieden“ ist und I2 der persönliche Kontakt über Telefon und E-Mail ausreicht, fordern I3, I5, I6, I8 und I9 die stärkere Einbindung einfacher Parteimitglieder in parteiinterne Diskussionen und Entscheidungen. Sowohl die einfachen Parteimitglieder als auch die Gestalter fordern bei der Schaffung von Partizipationsangeboten die Bevorzugung der Parteimitglieder (I1, I4, I6, I7, I8). Die Parteimitgliedschaft bietet zudem noch den inhaltlichen Vorteil, dass dieser einen Rahmen darstellt, in dem „ähnlich gesinnte Leute“ (I8) sachlich diskutieren können. Dabei werden Sachthemen für geeignet gehalten, elektronisch diskutiert zu werden (I7, I8, I9). Die Diskussion von Personalthemen (z.B. Kanzlerkandidatur) wird ambivalent bis suboptimal gesehen (I7, I8, I9). *Öffentliche soziale Medien* könnten intensiver dafür eingesetzt werden, die „Multi-Channel“-Informationspraxis von Mitgliedern und Interessierten durch die Verbreitung multimedialer Inhalte zur Erklärung bestimmter Themen zu unterstützen (I1). Der Einsatz von Facebook könnte auf Vorschlag von I9 dahingehend verbessert werden, dass die Partizipation vor allem in kleinen, thematisch eingerahmten oder projektbezogenen und parteiinternen Gruppen erfolgt. I1 schlägt ein internes soziales Netzwerk vor, das in seiner Gestaltung an Facebook anlehnt. Die Möglichkeit, direktdemokratische Mitgliederbefragungen online einzuführen, wurde unter den Vorschlägen in „Meine CDU 2017“ am häufigsten diskutiert.

3 Diskussion: Partizipation durch Vernetzung

Die empirische Studie hat gezeigt, dass die formale Partizipation als klar definierter, geordneter Prozess nur einen Teil der innerparteilichen Partizipation in der CDU abbildet. Sie besteht daneben aus einem komplexen Netz unterschiedlicher Personen und Praktiken, die sich dafür wiederum verschiedener Technologien sowie formeller und informeller Kanäle bedienen. Bisher wurde die innerparteiliche E-Partizipation vorrangig als die Gestaltung onlinebasierter, formaler Partizipationsprozesse verstanden, die in regelmäßige geschlossene Partizipationsverfahren resultierte. Auch wenn dies seine Daseinsberechtigung hat, zeigen die Ergebnisse, dass die innerparteiliche Partizipation vor allem aus Vernetzung und direkter, informeller Kommunikation besteht. Dieser Sachverhalt sollte aufgegriffen werden. Bislang werden Parteimitglieder technisch nicht explizit darin unterstützt, Interessierte oder Gleichgesinnte zu finden; eine Praxis, die einen wesentlichen Bestandteil der innerparteilichen Partizipation ausmacht.

Für das Design von Partizipations-Technologien bedeutet das, Parteimitglieder darin zu unterstützen, sich zu vernetzen, Gruppen zu bilden und informelle Kanäle herzustellen. Ad hoc Partizipation kann somit ermöglicht werden (Reuter et al., 2014), die in emergenten, d.h. dynamischen und nicht vorhersehbaren Umgebungen notwendig erscheint (Reuter, 2014). Dies könnte den Einfluss eines einfachen Parteimitglieds stärken, indem seine Distanz zum Ort der Entscheidungsfindung reduziert wird. Gleichzeitig könnten Positionen und Beiträge, die von einer Gruppe stammen, eine größere Wirkung im Willensbildungsprozess entfalten. Beklagt wurde der große Einfluss hauptamtlicher Mitarbeiter in geschlossenen Verfahren, der den Anschein einer rein symbolischen Partizipation erweckt, und zu einem Mangel an kontroversen Themen führt. Da die Partizipation bei einer höheren Vernetzungsdichte zunehmend direkt zwischen den Parteimitgliedern stattfände, würde der Moderationsaufwand und Einfluss der hauptamtlichen Mitarbeiter sinken, folglich dem Eindruck der lediglich symbolischen Partizipation entgegengetreten und es würden kontroverse Debatten zugelassen werden.

Eine Chance zur Stärkung der innerparteilichen Demokratie liegt unserer Ansicht nach also nicht nur darin, aktuelle Partizipationspraktiken in kontrollierte, formale E-Partizipationsprozesse zu übersetzen, sondern es der Parteibasis zu vereinfachen, informelle Kanäle zu schaffen und zu nutzen.

Literaturverzeichnis

- Bieber, C. (2012). Über die Gestaltung digitaler Partizipation (Interview). In L. Gräßer & F. Hagedorn (Eds.), *Soziale und politische Teilhabe im Netz? E-Partizipation als Herausforderung* (pp. 109–122). kopaed verlagsgmbh.
- Cantijoch, M., & Gibson, R. (2011). Conceptualising and Measuring E-Participation. *Internet, Voting and Democracy*, 75(3), 701–716.
- Koch, G., Rapp, M., & Hilgers, D. (2014). Open Innovation für Parteien - Wie politische Parteien von neuen Formen der Mitglieder- und Bürgerpartizipation profitieren können. In K. Voss (Ed.), *Internet und Partizipation* (pp. 203 – 222). Wiesbaden: Springer.
- Korte, K.-R. (2014). Innovationen in Parteien und Politischer Kommunikation. In M. Mai (Ed.), *Handbuch Innovationen* (pp. 175–188). Wiesbaden: Springer. doi:10.1007/978-3-658-02317-1
- Laux, A. (2011). Was wünschen sich die Mitglieder von ihren Parteien? In T. Spier, M. Klein, U. Alemann, H. Hoffmann, A. Laux, A. Nonnenmacher, & K. Rohrbach (Eds.), *Parteimitglieder in Deutschland* (pp. 157 – 176). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Oser, J., Hooghe, M., & Marien, S. (2012). Is Online Participation Distinct from Offline Participation? A Latent Class Analysis of Participation Types and Their Stratification. *Political Research Quarterly*, 66(1), 91–101. doi:10.1177/1065912912436695
- Reuter, C. (2014). *Emergent Collaboration Infrastructures: Technology Design for Inter-Organizational Crisis Management*. Siegen, Germany: Springer Gabler.
- Reuter, C., Ludwig, T., & Pipek, V. (2014). Ad Hoc Participation in Situation Assessment: Supporting Mobile Collaboration in Emergencies. *ACM Transactions on Computer-Human Interaction (ToCHI)*, 21(5).
- Strauss, A. L. (1987). *Qualitative Analysis for Social Scientists*. Cambridge Press.
- Veit, D., & Trenz, M. (2010). E-Partizipation - Was bringt das „E“ der Partizipation? In *Multikonferenz Wirtschaftsinformatik (MKWI)* (pp. 1399–1410). Göttingen.